

**Aus dem weiteren
Inhalt:**

Der neue Bürgermeister
Ralf Johannesson S. 2

Niemand wird allein zu-
rückgelassen: Wir sich-
ern Zusammenhalt S. 3

Unser Waldspaziergang:
Interview mit dem Re-
vierförster S. 5

Bi zu sein ist nicht
schwer? S. 7

Aus dem Bundestag S. 8

Freiwillige Feuerwehr
Groß Grönau: Interview
mit dem Wehrführer S.
10

Sicherer Verkehr für alle:
Verkehrsberuhigung in
Groß Grönau? S. 13

Seite für junge
Menschen S. 14

Jusos aus SH in den Par-
lamenten S. 15

DAMALS WAR'S... S. 16

Unser Kandidat für den
Kreistag S. 18

Trauer um Horst Braasch
S. 19

Termine S. 20

Impressum S. 20

Liebe Grönauer*innen, liebe Bürger*innen,
viele beschäftigt und belastet uns auch in die-
sen Tagen.

Der Klimawandel, der lange Zeit als ein Prob-
lem anderer Erdteile betrachtet wurde, zeigt
mit Dürre und Hitze in Europa auch hier in
Groß Grönau, sein immer brutaleres Gesicht.
Nicht auszudenken, wie es in Pakistan sein
muss, wo 50 Grad Celsius am Tag keine Sel-
tenheit mehr sind oder in Madagaskar mit
mehreren Dürrejahre. Der Krieg auf der

Welt ist auch nach Europa zurückgekehrt und überzieht den Osten Europas
mit Terror und Leid.

Mit der Energiepreispauschale haben Sie im September 300,00€ brutto extra
zu deinem Gehalt bekommen. Ab Oktober stieg zudem der Mindestlohn auf
12,00 Euro. Eine deutliche Gehaltserhöhung für Millionen Menschen. Dabei
geht es um Respekt vor der Arbeit, die wir alle leisten. Es muss uns bewusst
sein, dass es hier um die Untergrenze geht, von der gelebt werden muss. Eine
lebenswerte Zukunft benötigt eine gute Rente. Das geht nur über gute Löhne.
Dabei helfen wir und die Gewerkschaften. Wir machen soziale Politik für Sie!
Dieses Versprechen halten wir, auch wenn wir viele liebgewonnene Überzeu-
gungen ablegen müssen. Es muss sich vieles verändern, damit alles so bleibt,
wie es ist. Wir vor Ort und als Partei werden alles in unserer Kraft Stehende
tun, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, gemeinsam mit
anderen Parteien und Organisationen.



Herzlichst, Ihr Piet Jonas Voß

Der neue Bürgermeister hat sein Amt angetreten: Nachgefragt bei Ralf Johannesson

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 28.06.2022 wurde Ralf Johannesson fraktionsübergreifend mit 11 von möglichen 15 Stimmen zum neuen Bürgermeister unserer Gemeinde gewählt. Er trat damit die Nachfolge von Eckhard Graf an, der im Mai als hauptamtlicher Bürgermeister nach Ratzeburg gewechselt war. Ralf Johannesson wohnt seit 1999 in Groß Grönau, Er ist 64 Jahre alt, verheiratet und hat eine erwachsene Tochter. 14 Jahre lang hat er als Vorsitzender den SPD Ortsverein Groß Grönau erfolgreich geführt und sich in der Gemeindevertretung in den Ausschüssen Soziales, Kultur und Sport sowie dem Finanzausschuss engagiert. Nach 100 Tagen Amtszeit hat die Spiegelredaktion jetzt mit ihm gesprochen.



Spiegel: Was hat dich motiviert, das Bürgermeisteramt zu übernehmen?

Seit meinem Zuzug in die Gemeinde habe ich mich für die Menschen in Groß Grönau und die Situation der Gemeinde interessiert. Es macht mir einfach Freude, wenn ich selbst etwas zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinde beitragen kann. Das war schon immer so: Erst als Mitglied im Kirchenvorstand (jetzt Kirchengemeinderat) der St. Willehad Kirchengemeinde; dann wurde ich 2008 zum ersten Mal in die Gemeindevertretung gewählt. Auch in meiner nunmehr 3. Wahlperiode habe ich den Spaß an der Arbeit in der Gemeindevertretung und den Ausschüssen nicht verloren. Mit dem Weggang von Eckhard Graf war es also nur konsequent, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren.

Spiegel: Worin siehst du deine Aufgabe als Bürgermeister?

Als Bürgermeister bin ich Vorsitzender der Gemeindevertretung. Damit verbunden ist für mich eine gewisse Neutralität, auch wenn ich natürlich weiterhin Mitglied der SPD Fraktion bin. Das heißt, dass ich nicht mehr ausschließlich SPD Politik betreibe, sondern mich in dem parteipolitischen Austausch der Gemeindevertretung zurückhalte und natürlich auch den Argumenten der anderen Fraktionen gegenüber aufgeschlossen sein muss. Da die Fraktionen in der Gemeindevertretung von demokratischen Parteien gestellt werden, die zum Wohl der Gemeinde arbeiten, fällt mir das leicht.

Für mich ist Gemeinsamkeit wichtig. Das bedeutet auch, dass ich vor Entscheidungen die Vorsitzenden aller drei vertretenen Fraktionen über die wichtigen Angelegenheiten informiere und gegebenenfalls ein gemeinsames Vorgehen abstimme. Genauso möchte ich im laufenden Kontakt zu den Vereinen, Verbänden und Institutionen der Gemeinde bleiben, um deren Bedürfnisse und Wünsche in die Arbeit mit einfließen zu lassen.

Darüber hinaus bin ich als Bürgermeister auch Vorgesetzter der gemeindlichen MitarbeiterInnen. Hier stehe ich für ein kommunikatives offenes Miteinander.

Spiegel: **Wie hast du die Zeit seit deiner Wahl erlebt?**

Die Wahl fand unmittelbar vor den Sommerferien statt, so dass viele Fragestellungen in den ersten Wochen gar nicht aufgetreten sind. Ich hatte daher für die erste Einarbeitung meine Freiräume. Seit Ende der Sommerferien sieht die Situation jetzt anders aus. Zum Beispiel stehen einige von der Gemeindevertretung schon beschlossene Projekte auf der Agenda und müssen angeschoben bzw. umgesetzt werden.

Spiegel: **Welche Projekte liegen dir denn besonders am Herzen, was steht als erstes an?**

Hier ist zuerst die Umsetzung von Maßnahmen zur Einsparung von Energie zu nennen. Die Versorgungsengpässe verpflichten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger zum Sparen. Gerade die öffentliche Hand ist gefordert, ihre eigenen Verbräuche auf ein noch für alle Beteiligten sinnvolles und auch erträgliches Maß zu reduzieren.

Insbesondere muss alles getan werden, um vorerst die gemeindlichen Liegenschaften mit eigenproduzierter Energie zu versorgen, d.h., soweit möglich auf öffentlichen Gebäuden – wie beispielsweise dem Grönau Forum - Photovoltaikanlagen zu installieren.

Ansonsten steht natürlich der Neubau der Kindertagesstätte an. Aber auch das in den Jahren zu klein gewordene Feuerwehrgerätehaus muss möglicherweise an einem anderen Standort neu gebaut werden und die Tribüne am Grönau Forum soll ja endlich überdacht werden.

Und ganz aktuell: Mit seiner Insolvenz hat das Straßenbauunternehmen Rosseburg die vertraglich vereinbarten Sanierungsarbeiten eingestellt und Straßen in einem unhaltbaren Zustand hinterlassen. Wichtig ist mir, dass die betroffenen Straßen zeitnah in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt werden

Spiegel: **Vielen Dank für das Gespräch!**

Niemand wird allein zurückgelassen – Wir sichern Zusammenhalt

Serpil Midyatli

Der seit Februar dieses Jahres andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stellt auch die Bundesrepublik Deutschland weiterhin vor große Herausforderungen. Die Folgen dieses Krieges bedrohen sowohl unseren Wohlstand als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir spüren, dass das Leben immer teurer wird. In diesen Zeiten sind die sozialdemokratischen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aktueller denn je.

Uns als SPD ist es bei den anstehenden Herausforderungen wichtig, einen starken und handlungsfähigen Staat zu sichern, um so die Gesellschaft zusammenzuhalten. Bezahlbare Energie, Lebensmittelpreise und Mobilität sind für uns zentrale Bestandteile der Daseinsvorsorge, die gesichert werden müssen.



Gerechtigkeit ist zur Bewältigung dieser Krise eine Grundvoraussetzung. Die Frage einer solidarischen Gesellschaft ist auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Starke Schultern müssen ihren Teil beitragen.

Umso wichtiger ist es, dass wir Sozialdemokrat*innen den Kanzler stellen und die Bundesregierung anführen.

Um die aktuellen Krisen zu bewältigen, muss zwischen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen unterschieden werden. Gleichzeitig müssen alle politischen Ebenen an einem Strang ziehen, um den Menschen konkret zu helfen. Uns leitet das Ziel: Niemand wird allein zurückgelassen.

Um das zu erreichen, haben wir als SPD eine Reihe von kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen durchgesetzt. Kein Mensch in Deutschland kann etwas dafür, dass die Energiepreise so gestiegen sind wie in den letzten Monaten. Deswegen werden alle Menschen in Deutschland – auch Rentner*innen, Studierende sowie Fachschüler*innen – eine Direktzahlung für die gestiegenen Heizkosten erhalten. Darüber hinaus wird eine Strompreisbremse eingeführt, die für jeden Bürger und jede Bürgerin den preiswerten Grundbedarf des Stromverbrauchs sicherstellt und gleichzeitig das Einsparen von Energie belohnt. Ebenfalls wird die SPD-geführte Bundesregierung für weitere Steuerentlastungen für kleine und mittlere Einkommen sorgen sowie das Kindergeld und den Kinderzuschlag erhöhen.

Das 9-Euro-Ticket war ein voller Erfolg. Deswegen hat die SPD auch ein Nachfolgeticket eingefordert. Die Zusage eines Nachfolgetickets ist nun da, doch funktionieren wird es nur dann, wenn hier das Land Schleswig-Holstein mitzieht. Das gilt auch für die Aus-

weitung des Wohngeldes. Schon heute könnten viel mehr Menschen vom Wohngeld profitieren, wenn sie davon wüssten. Nach der Reform des Wohngeldes zum 1. Januar 2023 wird dieser Personenkreis noch größer werden.

Doch die Umsetzung ist Landessache. Daher ist die schwarz-grüne Landesregierung an dieser Stelle aufgefordert, künftig stärker für das Wohngeld zu werben – so wie wir das als SPD im Landtag seit August einfordern.

Doch die aktuelle Krise zeigt auch, dass eine Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen mittel- und langfristig nicht nur aus Gründen der Nachhaltigkeit unabdingbar ist. Es wird noch einmal klar, dass der Ausbau der regenerativen Energie vorangetrieben werden muss. Aber es steht zu befürchten, dass die schwarz-grüne Landesregierung da weitermacht, wo Jamaika aufgehört hatte. Doch das können wir uns nicht mehr leisten. Der Ausbau der Windkraft beispielsweise stockt seit vielen Jahren. Die aktuell vorgelegte Planung der Landesregierung ist von Expert*innen bereits als unzureichend kritisiert worden.

Ebenfalls wird es nicht ausreichen, wenn die Kommunen aufgefordert werden, ein Wärmenetz zu bauen und das Land zieht sich gleichzeitig aus der Verantwortung zurück, dabei zu unterstützen. Als schleswig-holsteinische SPD fordern wir deswegen eine Landesentwicklungsgesellschaft, die den Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe konkret unterstützt. Dabei sollte uns allen klar sein: Die öffentliche Hand muss in den kommenden Jahren wieder mehr investieren. Doch damit am Ende niemand allein zurückgelassen und so der soziale Zusammenhalt gesichert wird, werden wir als SPD stets für diese Investitionen kämpfen.



Unser Waldspaziergang:

Interview mit dem Revierförster

Das war ein schöner Auftakt für die neue Herbsttradition der SPD Groß Grönau: Ende September trafen sich zwei Dutzend Interessierte zum Waldspaziergang mit Jörg Baeskow, dem Revierförster des Lübecker Stadtwaldes. Baeskow, der vom nordwestmecklenburger Schattin, Lübeck, dem Kreisherzogtum Lauenburg bis in den Kreis Storman hinein etwa 1300 ha Wald betreut, nahm sich gut zwei Stunden Zeit, um die Eigenheiten des Falkenhusener Waldes zu erläutern und dabei man-

che Anekdote zum Besten zu geben. Anschließend wurden die TeilnehmerInnen in der Waldschule mit Kaffee und Gebäck bewirtet. Ein von der Buchhandlung „Buchfink“ zusammengestellter Büchertisch rundete die Veranstaltung ab.

Für alle Grönauer, die den Waldspaziergang nicht mitmachen konnten, hat der „Grönau Spiegel“ mit Jörg Baeskow ein Interview geführt.

Herr Baeskow, was kennzeichnet denn den Falkenhusener Forst?

Der Wald hier ist nach dem zweiten Weltkrieg zu großen Teilen kahlgeschlagen worden, das

Holz ging als Reparationszahlung nach Großbritannien und auch als Brennholz nach Lübeck. Er ist dann mit Kiefern aufgeforstet worden, die jetzt alle im selben Alter sind. Unsere Stadtwald-Strategie ist, den Wald wieder näher an den natürlichen Zustand vor dem Beginn der Forstwirtschaft zu bringen – da war dies hier ein Mischwald mit vielen Buchen und Eichen.

Warum ist das besser?

Der Wald ist dann deutlich stabiler und weniger gefährdet durch Klima- und Wetterereignisse. Er ist windwurf- und hitzeresistenter und insgesamt artenreicher, von Pilzen bis zum Insektenbestand. Aber so eine Rückführung geht natürlich nicht über Nacht, das ist eine Jahrhundertaufgabe. Wir haben in den achtziger Jahren damit begonnen, den Wald mit Laubholz zu unterpflanzen, das führt zum Beispiel dazu, dass das Klima im Wald generell feuchter wird. Vor dreißig Jahren haben wir dann unser Konzept der naturnahen Waldwirtschaft entwickelt, in breitem Konsens etwa mit den Naturschutzverbänden. Wir wollen den Wald nachhaltig bewirtschaften. Eine Maßnahme: Wir lassen tote bzw. gefallene Bäume in aller Regel im Wald, sie wirken dann wie Schwämme und halten das Wasser.

Damit ist der Forst auch auf steigende Temperaturen vorbereitet?

Tatsächlich hat der Wald hier mit in anderen Landesteilen verbreiteten Problemen nicht mehr viel zu tun, weil er eben in der Lage ist, Feuchtigkeit gut zu speichern. Das bei Sturm ganze Areale einfach umknicken, sehen wir hier nicht, der Wald ist einfach besser vorbereitet. Auch in Sachen Klimawandel bin ich optimistisch, dass ein aus den einheimischen

Baumarten bestehender Wald eine Erwärmung um bis zu drei Grad übersteht. Er passt sich dann in seiner Zusammensetzung an, der Wald baut sich praktisch selbst um. Eichen zum Beispiel können mit solchen Temperaturen bei uns klarkommen. Entscheidend ist, den Waldbestand dicht zu halten. Das ist dann auch konkret für die Grönauer ein Segen.

Warum?

Weil wir wissen, dass es zu einem klimatischen Austausch zwischen bebautem Gebiet und angrenzendem Wald kommt. Messungen aus Lübeck haben in anliegenden Wäldern bis zu 15 Grad niedrigere Temperaturen gemessen, wenn diese gesund, dicht und feucht sind. Diese kühle Luft weht in die benachbarten Straßenzüge. Der Wald kühlt also auch Groß Grönau, und das wird umso wichtiger, je mehr der Klimawandel voranschreitet.

Revierförster Baeskow bietet ganzjährig Führungen für Gruppen durch den Wald an.



Bi zu sein ist nicht schwer?

Piet Jonas Voß

Wie soll ich beginnen? Wie fängt man an, wenn man unsicher ist?

Worüber ich euch berichten möchte, ist für viele Realität, und noch immer ein sensibles Thema. Es geht um das Normalste auf der Welt: Lieben zu können und glücklich zu werden. Ich berichte davon, als Bisexueller aufzuwachsen und wie jeder Tag ein Kampf sein kann, gegen sich selbst und gegen die Welt.

Für mich war die Angst stetiger Begleiter, auf Jemanden zu treffen, der mich ablehnt, sogar hasst. Mich lähmten die Vorurteile gegen alles, was als nicht-heterosexuell wahrgenommen wird. Ich habe als Kind neben Handball und Segeln ein weiteres

Hobby gehabt. Ich habe Ballett getanzt und das sehr gerne. Spott und Hohn führten dazu, dass ich irgendwann ganz mit dem Tanzen aufhörte („Nur Schwule/Mädchen tanzen“). Ich habe versucht, unscheinbar zu sein, unauffällig und „normal“. Bis ich mich selbst ablehnte, weil ich bi bin. Es fiel mir schwer, den Gedanken „Ich bin bi“ in mir Wirklichkeit werden zu lassen, und darunter habe ich sehr gelitten. Ich wollte normal sein, nicht anders.



Meine Schulzeit war geprägt von Angst und Sorge, vom Verstecken und dem Bekämpfen von wahren Gerüchten. Ich wollte dieser Gemeinschaft angehören und verachtete mich gleichzeitig, weil ich nicht stark genug war, so zu sein wie ich bin.

Bis heute bewundere ich LGBTIQ+ Persönlichkeiten, die mutig, offen und sich allen Widrigkeiten zum Trotz behauptet haben und hasse sie. Weil sie etwas geschafft haben, dass mir lange nicht vergönnt war und mir einen Spiegel vorhalten, der mir meine eigenen Vorurteile aufzeigt. Auch in mir steckt eine Queer Phobie, welche nur langsam schwindet.

Woher kommt die? Aus der Erziehung? Wir waren ein moderner Haushalt. Wir hatten nichts gegen alternative Lebensentwürfe neben Mann/Frau/2Kinder; aber wir kannten auch keine.

Aus den Freundesgruppen und durch die Vereinskameraden? Sicher schon eher. Ich habe selten offene

Kritik oder ähnliches an queeren Lebensentwürfen erlebt, wohl aber die Geringschätzung. Sexuelle Nähe zwischen Männern gilt als ekelig und geht immer mit einer lächerlich machenden oder verarschenden Gestik und Formulierung einher. Selbst wenn sich tatsächlich jemand mit mir darüber unterhalten möchte, geht es viel zu oft nur um wirklich private Informationen zu Vorlieben und Neigungen. Of-

fene Kommunikation bedeutet etwas anderes. Es zieht sich Vorbehalte durch die ganze Gesellschaft, selbst wenn sie eigentlich offen sein will: „Ich mag Schwule und habe auch Freunde, die so sind, aber mein Sohn ist es hoffentlich nicht.“ Schauen wir uns den Satz mal an, nur in Bezug auf meine Person.

Erstens: Ich bin nicht schwul, sondern Bi. Da gibt es Unterschiede. Zweitens: Bin ich als Mensch so schlecht in deinen Augen, weil ich auch auf Männer stehe? Oder warum hoffst du das?

An solcher, oft impliziten gesellschaftlichen Ablehnung zerschellen viele Jugendliche. Die Suizidraten sprechen für sich. Auch mir war und ist der Gedanke nicht fremd. Und auch queere Erwachsene leiden. Sie meiden Aktivitäten mit Arbeitskolleg*innen, um persönliche Fragen zu umgehen oder stellen lieber keine Bilder ihrer Familie oder ihrer Partner*innen auf den Schreibtisch. Ein jeder geht anders mit seiner Unsicherheit, oder -wie in meinem Fall- sogar mit seinem Selbsthass um.

Und es gibt viele Arten, Menschen um Hilfe zu bitten. Achtet in eurem Bekannten- und Freundeskreis und in eurer Familie aufeinander, habt ein offenes Ohr. Und politisch? Vermutlich queere Themen wie die Teilnahme an Blutspenden, die Möglichkeit von Adoptionen oder Ähnlichem betreffen mehr Menschen in eurer Umgebung als Ihr vielleicht vermutet. Mischt euch in diesen Fragen ein, auch wenn ihr selbst nicht betroffen seid. Und vor allem



eines möchte ich euch mitgeben, egal ob queer oder hetero oder was auch immer:

Habt Mut und Hoffnung auch in schweren Zeiten. Es wird besser!

Sie möchten reden oder sich informieren :

Telefonseelsorge: 0 800 / 111 0 111

<https://spdqueer.spd.de/ueber-uns/>

<https://mag.dbna.com/web/>

Aus dem Bundestag

Von Nina Scheer



Liebe Grönauerinnen und Grönauer,

Die Bundespolitik ist aktuell verstärkt durch Fragen der Energieversorgung sowie Bezahlbarkeit von Energie geprägt. Klar wird dabei: Je stärker und länger Wirtschaft und Gesellschaft von fossilen Energieressourcen abhängig bleibt, desto teurer wird Energie bzw. desto weniger wird sie bezahlbar. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit verlangen den schnellstmöglichen Umstieg auf Erneuerbare Energien und Speicher, um der fossilen Energiepreisfalle zu entkommen und dem fortschreitenden Klimawandel wirksam entgegenzutreten. Hierfür setze ich mich seit vielen Jahren ein, nicht zuletzt in meiner Funktion als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-

Bundestagsfraktion und Mitglied sowie Obfrau im Ausschuss des Deutschen Bundestages für Klimaschutz und Energie. In meinem Wochenpiegel und weiterführenden Beiträgen, abzurufen über meine Website, informiere ich regelmäßig über aktuelle klima- und energiepolitische Vorhaben sowie weitere den Bundestag betreffende Themen.

Aktuell stehen erneut die Ausgestaltung von Entlastungsmaßnahmen (Entlastungspaket III) im parlamentarischen, fachübergreifenden Fokus. In den jüngst beschlossenen Positionspapieren zur Bewältigung der Energiekrise sprach sich die SPD-Bundestagsfraktion u.a. auch für die Schaffung einer Gaspreisbremse aus, kombinierbar mit einem Energiesparbonus. Letzteren hatte ich als Konzept gemeinsam mit Prof. Jens Südekum entwickelt; Endkund*innen sollen hierbei für ihre Einsparleistung im Verhältnis zum Vorjahreszeitraum belohnt werden. Denn: Je mehr teure Gaseinkäufe vermieden werden können, desto besser gelingt es zugunsten aller weitere Gaspreissteigerungen zu vermeiden.

Auch in diesen Zeiten setze ich mich nachdrücklich für die Beibehaltung des Atomausstiegs ein, dessen Grundlagen nach wie vor Bestand haben. Auch in diesem Kontext gilt es den Fokus auf Erneuerbare Energien zu lenken, nämlich auch auf eine stärkere Auslastung bereits installierter Erneuerbare-Energien-Anlagen: Allein mit einer Aussetzung der sogenannten Nachtabschaltung von Windkraftanlagen könnten 5-10 % mehr Windenergie-Ertrag gewonnen werden. Aktuell gelten für Windkraftanlagen deutlich schärfere Lärmschutz-Grenzwerte als für den Straßenverkehr. Ähnliche Schranken gilt es in Bezug auf Solarenergie und Bioenergie zu beseitigen. Zudem wird auf Hinwirken von Seiten der SPD-Bundestagsfraktion an sozialen Hilfen gearbeitet, wie beispielsweise an einem Kündigungsschutz bei überfordernden Neben-

kosten sowie der Aussetzung von Strom- und Gassperren. Mit dem Bürgergeld wird Harz IV abgelöst; eine Reform des Wohngeldes wird den Kreis der Berechtigten auf dann ca. 2 Millionen Menschen vervielfachen. Die Energiepreispauschale werden nun auch RentnerInnen (300 Euro) sowie Studierende (200 Euro) bekommen.

Allein im ersten Halbjahr verabschiedete der Bundestag in Federführung des Ausschusses Klimaschutz und Energie 11 Gesetze: zur Gewährleistung hinreichend gefüllter Gasspeicher, für Anlandungsmöglichkeiten von LNG und Wasserstoff als Ersatz für russisches Pipelinegas, für mehr Rechtssicherheit von Ersatzversorgungstarifen bei fortfallenden Energieverträgen, zur Absenkung der EEG-Umlage auf Null, für Wind auf See, für Wind an Land mit Regelungen zu Windflächenbedarfen, eine große Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, u.a. zur Anhebung des Ausbaus Erneuerbarer Energien auf 80 % Anteil am



Stromverbrauch bis 2030 und dem Abbau von Genehmigungshemmnissen, für verschärfte Effizienzstandards in Gebäuden, zur Gewährleistung der Energieversorgung in Notfallsituationen sowie eine Nachsteuerung dieses Energiesicherungsgesetzes, in Kombination mit

Regelungen zur Bereitstellung von Ersatzkraftwerken an Stelle von Gaskraftwerken. Noch nie in der Geschichte des Bundestages hatte ein Ausschuss so viele Gesetze in so kurzer Zeit federführend zu bearbeiten.

Außerhalb der Sitzungswochen tausche ich mich regelmäßig vor Ort mit Bürger*innen, kommunalen Vertreter*innen, Organisationen und Unternehmen aus. Bundesseitig werden zu den unterschiedlichsten Bereichen Förderprogramme geführt.

So hat etwa der Kreis Herzogtum Lauenburg 124,2 Millionen im ersten Halbjahr 2022 von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die Bereiche Kommunale Infrastruktur, Private Kunden und die Mittelstandsbank für beispielsweise energieeffizientes Sanieren und Erneuerbare Energien, Unternehmensgründungen oder die öffentliche Infrastruktur erhalten. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat für die Region Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd 2021 insgesamt rund 33 Millionen Euro an Fördergeldern ausgezahlt. Die Förderung für die energetische Gebäudesanierung in Höhe von 18,8 Mio. Euro verdreifachte sich fast in unserer Region im Vergleich zu 2020 (6,6 Mio. Euro). Aus dem Fahrzeugbeschaffungsprogramm des Deutschen Bundestages, das die SPD-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht hatte, erhielt der THW-Ortsverband Ratzeburg Unterstützung sowie der THW-Ortsverband Mölln einen Mannschaftstransportwagen im Wert von 70.000 Euro. Und auch für die Erhaltung von Denkmälern, setze ich mich gern mit den jeweiligen Antragstellern vor Ort ein - um nur einige jüngere Beispiele zu nennen.

In diesem Sinne freue ich mich jederzeit auf weitere Hinweise zu Förderbedarfen in unserer Region - ob im Rahmen sozialer Projekte, von Kultur, Klimaschutz oder Infrastruktur betreffend oder konkret zum Denkmalschutz.

Freiwillige Feuerwehr Groß Grönau: Interview mit dem Wehrführer

An dieser Stelle berichten wir regelmäßig über die Situation und neue Entwicklungen verschiedener Einrichtungen in Groß Grönau. Nach Artikeln zur Waldschule und den Kindertagesstätten wenden wir uns nun der Freiwilligen Feuerwehr Groß Grönau zu.

Unsere Feuerwehr hat lange Tradition: 1904 gegründet, hat sie dem Dorf und seinen Bewohner bei unzähligen Gelegenheiten beigegeben. Generell sind heute Freiwillige Feuerwehren aus dem öffentlichen Leben kaum mehr wegzudenken: In ganz Schleswig-Holstein gibt es nur in fünf Städten Berufsfeuerwehren. Wenn es dagegen zum Beispiel in Ratzeburg, Mölln oder eben Groß Grönau zum Notfall kommt, hilft die Freiwillige Feuerwehr. Grund genug, einmal bei Wehrführer Axel Striepling vorzusprechen.

Herr Striepling, was sind denn die Hauptaufgaben der Freiwilligen Feuerwehr in Grönau?

Wir leisten neben der Brandbekämpfung vor allem technische Hilfe, dazu Brandschutzerziehung an Schulen und Kitas und wir wirken im Katastrophenschutz mit. Der Bereich Technische Hilfeleistung nimmt den größten Teil unserer Arbeit ein.





Wir öffnen zum Beispiel bei Notrufen gemeinsam mit der Polizei Haustüren, wenn dahinter hilflose Personen vermutet werden. An der Waldschule informieren wir Drittklässler über richtiges Verhalten im Brandfall – wie können Kinder einen Notruf absetzen, und sich am besten in Sicherheit bringen? Und bei einem Katastrophenfall helfen wir auch über Kreis- und Landesgrenzen hinweg, etwa beim Hochwasser in Ahrweiler.

Auf wie viele Einsätze kommen Sie denn im Jahr?

Wir rücken etwa 30x im Jahr aus, wie gesagt meist zur technischen Hilfeleistung. Schwere Brände gibt es glücklicherweise nur selten, wie übrigens auch schwere Autounfälle kaum vorkommen. Da hilft uns wohl das Tempolimit in

dem Autobahnbereich, für den wir mit zuständig sind. Dadurch sind die Unfälle seltener schwer. Und große Feuer im Dorf (wie etwa vor ein paar Jahren in der Turnhalle der Waldschule) sind die absolute Ausnahme.

Ändern sich die Einsätze in den letzten Jahren?

Die Kernaufgaben bleiben, aber der Klimawandel geht auch an uns nicht spurlos vorbei. Wir erwarten zum Beispiel vermehrte Starkregen-Ereignisse, Stürme und bei heißeren, trockeneren Sommern mehr Wald- und Flächenbrände. Außerdem können brennende Erntemaschinen schneller Feldbrände verursachen. Und letztlich steigt damit auch die Wahrscheinlichkeit, überregional auszurücken und zu helfen.

Wenn sie sich was wünschen dürften, was braucht denn die Freiwillige Feuerwehr in Grönau?

Vor allem freuen wir uns über jede neue Kameradin und jeden neuen Kameraden, die*der uns unterstützt. Wir haben zurzeit 50 Mitglieder in der Einsatzabteilung, dazu 18 Jugendliche in der Jugendfeuerwehr und 17 Mitglieder in der Ehrenabteilung, die nicht mehr zu Einsätzen ausrücken. Damit erfüllen wir den sogenannten Brandschutzbedarfsplan nur knapp, für jedes Löschfahrzeug sollten nämlich drei mögliche Besatzungen verfügbar sein.

Neues Mitglied kann man übrigens schnell werden. Es erwartet einen dann einerseits eine sogenannte Anwärterausbildung zu den Grundtätigkeiten der Feuerwehr in den Gemeinden des Amtes Lauenburgische Seen, und andererseits viel „learning by doing“ in der Feuerwehrpraxis vor Ort. Wir treffen uns alle 14 Tage zu Übungsabenden, um bei Einsätzen so gut wie möglich vorbereitet zu sein.

Und was würde von Gemeindeseite helfen?

Die Gemeinde Groß Grönau hat uns in den letzten Jahren immer gut ausgestattet, etwa mit aktueller Schutzbekleidung oder zuletzt gerade mit einem neuen Mehrzweckfahrzeug bzw. einem Einsatzleitwagen. Das hat hier Tradition: Die Freiwillige Feuerwehr in Grönau ist von Bürgermeistern und Gemeindevertretungen aller Parteien immer unterstützt worden. Wir ziehen hier in dieser Beziehung wirklich alle an einem Strang!

Aber das Gerätehaus ist in die Jahre gekommen.

Das ist tatsächlich so. Wir haben zu wenig

Stellplätze, keinen Raum für die Jugendfeuerwehr, und die sogenannte schwarz-weiß-Trennung...

...also den getrennten Bereichen für Kameraden, die mit potenziell gefährlichen Verunreinigungen aus dem Einsatz kommen...

... entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen der Unfallkasse. Wir wissen um die Schwierigkeit, geeignete Grundstücke für einen Neubau zu finden und um die hohen Kosten für ein solches Gerätehaus. Umso mehr freuen wir uns über die breite Unterstützung für die Idee eines neuen Gerätehauses in der Gemeindevertretung!

Eine persönliche Frage zum Schluss: Was hat Sie zur Freiwilligen Feuerwehr gezogen?

Ich habe durch meinen Vater mitbekommen, wie erfüllend dieses Engagement sein kann. Die Freude am Helfen ist mir sozusagen in die Wiege gelegt worden. Und die Vorstellung vieler Kinder stimmt ja: Die Arbeit bei der Feuerwehr ist immer abwechslungsreich, meistens spannend und manchmal richtig aufregend!

Sie interessieren sich für eine Mitarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr Groß Grönau?

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://ff-grossgroenau.de/mitmachen.html>

Sicherer Verkehr für alle: Verkehrsberuhigung in Groß Grönau?

Immer wieder fahren Autos deutlich zu schnell, auch in Groß Grönau. Das ist nicht nur im Bereich der Grundschule gefährlich. Auf der Hauptstraße (L331) ist zwar innerhalb des Ortes Tempo 50 vorgegeben, doch dieses Tempolimit wird häufig vom motorisiertem Verkehr nicht beachtet, oftmals etwa wegen der gerade noch gefahrenen Autobahn-Geschwindigkeit.

Geschwindigkeitsmessungen werden durch die zuständige Ordnungsbehörde des Kreises nur selten durchgeführt. Deswegen suchen wir als SPD-Fraktion andere Wege, um die Sicherheit im Dorf zu erhöhen.

Eine Möglichkeit, die wir über das Amt Lauenburgische Seen auf Machbarkeit prüfen lassen: Man erweitert die Steuerungen der in der Gemeinde Groß Grönau vorhandenen Fußgängerampeln an der L331, sodass zukünftig auch die Geschwindigkeit des Durchgangsverkehrs damit reguliert werden kann.

Dazu könnten vor den Ampeln Sensoren in die Fahrbahn eingebracht werden die die Geschwindigkeit des motorisiertem Verkehr erfassen. Wird durch einen der Sensoren ein Fahrzeug mit gefährlich überhöhter Geschwindigkeit erfasst, würde die entsprechende Ampel auf Rot geschaltet werden. Passt das entsprechende Fahrzeug seine Geschwindigkeit auf den zulässigen Wert an, schaltet die Ampel wieder auf grün. Wir hätten damit auch in Grönau das bereits in vielen Städten und Gemeinden bewährte Prinzip der „Grünen Welle“.

So könnte man sowohl die Sicherheit im Verkehr steigern, als auch den stetigen Verkehrsfluss beibehalten. Da die Ampelanlagen bereits vorhanden sind, sollte die Erweiterung der zugehörigen Steuerung technisch und finanziell leicht umsetzbar sein.



Ob und wie der von uns angedachte Lösungsvorschlag umgesetzt werden kann, werden wir in unserer nächsten Ausgabe des Grönau-Spiegels berichten.

Sprechen Sie uns an:

*Christian Kniesel , Tim Ouwerkerk,
Piet Jonas Voß, Ralf Johannesson,
Stephan Schütze*



Seite für junge Menschen

Die SPD nahm den Umweltschutz bereits 1971 in ihr Umweltprogramm auf.

Wörterbuch

Der Umweltschutz gelangte erst nach heftigen Diskussionen am 27.10.1994 ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

§20

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Auch wir können unsere Umwelt/Natur schützen:

- Informiere dich in deinem Ort über Schrott- oder Müllsammelaktionen! Bastle mit Resten z. B. zu Bildern, Puppen u.a.!
- Verändere Kleidung z.B. zu Taschen! Säe Blumen aus!
- Naturführungen!



Wir gehen mit dieser Welt um, als hätten wir noch eine zweite im Kofferraum." (Jane Fonda)



Jola Wilk-Kähler

Kunst um und mit Müll

G.C.V.



Gehe auf Entdeckungsreise! Scanne die QR-Codes!

Viel Spaß

(BMUV Kids, Abenteuer Regenwald, Naturdetektive, Nina Scheer, Bauer Huber)

Wer bin ich? Verbinde die Sprechblase mit dem richtigen Baumnamen und dem passenden Blatt!



Ahorn

Kiefer

Eiche

Tanne

Fichte

Lärche

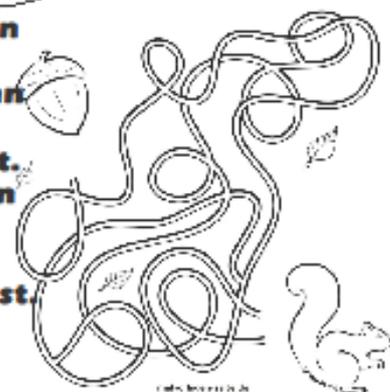
Ich habe lange Nadeln, die paarweise laufen.

Meine Früchte nennt man auch „Nasenzwicker“.

Ich habe weiche Nadeln. Sie fallen im Herbst ab.



Schließe die Augen, entspanne dich und atme tief ein und aus.
Stell dir vor, du liegst auf einer gemütlichen Decke an einem Ort in der Natur, an dem es dir besonders gut gefällt. Im Wald, auf einer Wiese oder... Schau dich genau an diesem Ort um.
Was kannst du entdecken? Worüber staunst du? Präge dir die Bilder ein, die du gerade vor Augen hast. Male auf, woran du gedacht hast.



Wenn du Groß Grönau mitgestalten möchtest, wende dich an das Jugendforum. Melde dich bei Instagram: Jugendforum_grossgronau

Jusos aus SH in den Parlamenten

Mit Delara Burkhardt im Europäischen Parlament, Tim Klüssendorf im Bundestag, Niclas Dürbrook und Sophia Schiebe im Landtag haben wir gleich vier Jusos, welche die Interessen von jungen Menschen in die Parlamente tragen.

Diese vier und all die anderen Jusos stehen immer zur Verfügung.

Für mehr Infos zu den 4 und den Jusos SH oder RZ:

<https://www.jusos-sh.de/jusos-in-den-parlamenten/>

<https://www.jusosrz.de/>



Blüm plündert die Krankenve

Das wird teurer: 17 Beispiele

Die notwendige Reform des Gesundheitswesens ist unter der Regierung Kohl zum „sozialpolitischen Machwerk“ (Anke Fuchs) verkommen. Die Patienten werden kräftig zur Ader gelassen: Immer mehr sogenannte Selbstbeteiligung, immer weniger Leistungen. Die Krankenhausstrukturen und die Strukturen der Krankenkassen bleiben unverändert. Von der groß angekündigten „Solidarabgabe“ der Pharmaindustrie ist keine Rede mehr. „Wenn das Wort Selbstbeteiligung in dem Sinne verstanden wird, daß diejenigen, die krank sind, eine zusätzliche Leistung erbringen müssen, so verstößt das gegen den Elementargedanken der solidarischen Pflichtversicherung“ – Norbert Blüm anno 1977. Schöne Grüße vom Blüm im Jahre 1988: Wer krank ist, muß zahlen, und zwar nicht zu knapp. Ab 1. Januar 1989.

Das ist geplant:

1. Das Sterbegeld soll auf 2100 DM gekürzt werden. Wer neu in die Krankenversicherung eintritt, soll überhaupt keinen Sterbegeldanspruch mehr erhalten.

2. Die direkte Kostenbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt soll von 5 auf 10 DM pro Tag verdoppelt werden.

3. Für Fahrten zur ambulanten Behandlung sollen keine Kosten mehr übernommen werden.

TAXI

4. Für Fahrten zur stationären Behandlung sollen die Kosten nicht mehr übernommen werden, wenn sie unter 20 DM liegen. Ist die Fahrt teurer, sollen von der Erstattung 20 DM abgezogen werden.

5. Beim Zahnersatz sollen die Versicherten die gesamten Kosten, also die Zahnarzt- und die Laborkosten, vorfinanzieren. Die Kasse erstattet nur



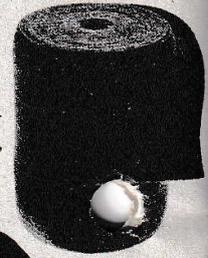
noch durchschnittlich 50 Prozent der Gesamtkosten. Zunächst sollen weiter 10 Prozent erstattet werden. Dieser Anfangsbonus von 10 Prozent soll ab 1991 wegfallen, wenn der Versicherte keine regelmäßigen Zahnvorsorgeuntersuchungen nachweisen kann. Bisher wird das Zahnarzthonorar direkt mit der Kasse verrechnet und zu 100 Prozent übernommen; zu den Laborkosten erhalten die Versicherten einen Zuschuß von 60 Prozent.

Beispiel: Angenommen ein Zahnersatz kostet heute 2000 DM, wovon je 1000 DM auf das Zahnarzthonorar und die Laborkosten entfallen. Die Kasse trägt dann 1600 DM und der Versicherte 400 DM. Künftig tragen – bei einem Zahnersatz mittlerer Qualität – die Kasse 1200 DM und der Versicherte 800 DM. Die Selbstbeteiligung steigt also von 400 auf 800 DM, ab 1991 auf 1000 DM, wenn keine regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen erfolgt sind.

6. Bei der Kieferorthopädie sollen die Versicherten die gesamten Kosten vorfinanzieren. Die Krankenkasse soll zunächst 80 Prozent und erst nach Abschluß der Behandlung die restlichen 20 Prozent der Kosten erstatten. Bisher werden die Behandlungskosten in voller Höhe direkt mit der Kasse verrechnet.



7. Für Heil- und Hilfsmittel von geringer Bedeutung oder für solche, die eher dem täglichen Bedarf zuzurechnen sind, z. B. Augenklappen und Gelenkbandagen, sollen die Versicherten die Kosten selbst tragen.



8. Für die übrigen Heilmittel soll eine Zuzahlung von 10 Prozent geleistet werden.

Zur Erinnerung

Es ist ja nicht das erste Mal, daß die Regierung Kohl in die Krankenversicherung eingreift. Ihr bisheriges Sündenregister:

Die Rezeptgebühr wurde von 1,50 DM auf 2 DM je Arzneimittel erhöht.

Sogenannte Bagatellarzneimittel wurden aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen herausgenommen.

Für die ersten 14 Tage eines Krankenhausaufenthalts wurde eine direkte Kostenbeteiligung von 5 Mark je Tag eingeführt.

Bei Kuren der Kranken- oder Rentenversicherung erfolgte eine direkte Kostenteilung von 10 DM je Kurtag.

Die Kontrollen von Arbeitnehmern, die sich krankmelden, wurden verschärft.

Die Einmalzahlungen an Arbeitnehmer (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) wurden stärker in die Beitragspflicht zur Krankenversicherung einbezogen. Die zusätzlichen Beiträge erhöhen den Krankengeldanspruch aber nicht.

Das Krankengeld wurde um Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung gekürzt.

Schrittweise wurde ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt.

DAMALS WAR 'S

Viele, insbesondere unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, werden sich noch an Zeiten erinnern, in denen von den Krankenkassen viele Leistungen er-



ter 16 Jahren von der Verordnungsgebühr bei Arzneimitteln, Heilmitteln und Brillen befreit.

9. Für Bäder und Massagen sollen die Krankenkassen die Kosten nur noch bei strenger medizinischer Indikation übernehmen. Während bisher eine einmalige Verordnungsgebühr von 4 DM erhoben wird, soll künftig eine Zuzahlung von 10 Prozent erfolgen.

Beispiel: Angenommen, ein Arzt verordnet zwölf Bäder zu je 17,15 DM, dann wird heute eine einmalige Verordnungsgebühr von 4 DM fällig. Künftig zahlt der Versicherte 1,72 DM pro Bad. Die Selbstbeteiligung steigt also von 4 auf 20,64 DM.

10. Für Brillengestelle soll der Zuschuß der Krankenkasse nur noch 20 DM betragen. Für Brillengläser soll es Festbeträge geben, die je nach der benötigten Stärke unterschiedlich sein sollen. Der Versicherte soll nicht mehr alle drei Jahre einen Anspruch auf eine neue Brille haben, sondern nur noch, wenn sich seine Sehfähigkeit um mindestens 0,5 Dioptrien ändert.



11. Auf Kontaktlinsen soll nur noch in medizinisch zwingend notwendigen Ausnahmefällen ein Anspruch bestehen. Wenn der Versicherte sonst Kontaktlinsen wählt, soll die Krankenkasse als Zuschuß höchstens den Betrag zahlen, den sie für eine vergleichbare Brille aufzuwenden hätte.

12. Die Versicherten sollen die Kosten für mehr Arzneimittel selbst tragen. Denn die bereits bestehende sogenannte Negativliste, eine Liste mit Arzneimitteln, die nicht zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden dürfen, soll erweitert werden.

13. Bei den Arzneimitteln, die zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden dürfen, sollen Festbeträge eingeführt werden. Für Arzneimittel, für die keine Festbeträge festgesetzt sind, soll die Zuzahlung vorübergehend von 2 auf 3 DM je Medikament erhöht und ab 1992 auf eine Selbstbeteiligung von 15 Prozent des Preises bis höchstens 15 DM pro Medikament umgestellt werden.

14. Für Hörgeräte soll die Krankenkasse Festbeträge zahlen. Die Kosten für Batterien sollen nicht mehr übernommen werden.

15. Bei offenen Badekuren sollen die Zuschüsse für die Unterkunft und Verpflegung von durchschnittlich 25 DM auf höchstens 15 DM pro Tag gekürzt werden.



16. Die umfangreichen zusätzlichen Belastungen der Versicherten sollen durch komplizierte Härtefallregelungen gemildert werden. Von der Zuzahlung bei Arzneimitteln und Heilmitteln soll

17. Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner soll auf den jeweils durchschnittlichen Beitragssatz aller Krankenkassen erhöht werden. Bisher beträgt der Beitragssatz 11,8 Prozent, wovon die Rentenversicherung sowie die Rentnerinnen und Rentner je 5,9 Prozent aufzubringen haben. Künftig werden es voraussichtlich je 6,7 Prozent sein.



Materialien:

Zum Thema „Gesundheitsreform“ bietet der Parteivorstand an:

Flugblatt mit den geplanten unsozialen Maßnahmen der Bundesregierung und den Reformvorstellungen der SPD. Bestellungen unter der Nr. 260324, Preis 4 Pf.

Eine aktualisierte Argumentensammlung in der Reihe „Materialien“ liegt druckfrisch vor. Nr. 320794, Preis 40 Pf.

Eine Wandzeitung, die die Blümchen Maßnahmen anschaulich darstellt. Format: DIN A1 quer (60 x 84 cm), Preis: 1 DM, Nr. 180791. Nach Drucklegung wurde das Sterbegeld von 2300 DM (wie auf der Wandzeitung angegeben) auf 2100 DM gekürzt. Diese Änderung läßt sich leicht nachtragen. Ein Plakat für Dreieckständer ist in Vorbereitung.

Bestellung an: Ref. Produktion und Vertrieb, Postfach 2280, 5300 Bonn 1. **SM**

Unsere Alternative:

Die SPD will eine Reform des Gesundheitswesens, die ihren Namen verdient und die den Menschen zugute kommt. Zu unseren Reformvorstellungen gehört:

- Wir wollen, daß Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung ausgebaut werden.
- Wir wollen die Position der Krankenkassen und ihrer Verbände so stärken, daß sie die Interessen der Versicherten wirksam wahrnehmen können.
- Wir wollen, daß sich die Kassen besser als bisher gegen die Anbieter von Gesundheitsleistungen, zum Beispiel die Pharmaindustrie, behaupten können.
- Wir wollen, daß alle Krankenkassen unter gleichen rechtlichen Bedingungen arbeiten können und daß alle Arbeitnehmer in der Krankenversicherung gleichgestellt werden.
- Wir wollen, daß die Krankenversicherung finanzierbar bleibt und daß jeder – unabhängig von seinem Geldbeutel – auf eine vernünftige gesundheitliche Versorgung vertrauen kann.

bracht wurden, die heute nicht mehr in den Leistungskatalog fallen.

In unserer Spiegelausgabe des Jahres 1988 hatten wir unter der Überschrift "Blüm (d. Red. CDU-Minister in der Kohl-Regierung) plündert die Krankenversicherten" aufgelistet, welche Reformen im Gesundheitswesen geplant und dann auch umgesetzt wurden.

Was wir bewirken!

Geschwisterermäßigung in schulischen Betreuungsangeboten: Im letzten Spiegel berichteten wir über unsere Bemühungen, auch für den Besuch der OGS eine Geschwisterermäßigung zu gewähren.

Am 27.10.2022 beschloss der Jugendhilfeausschuss des Kreistages mit den Stimmen der SPD bei gleichzeitiger Enthaltung der CDU und den Grünen, die Geschwisterermäßigung einzuführen.

Jetzt ist der Kreistag gefordert, diesem Votum zuzustimmen.

Ralf Johannesson

Unser Kandidat für den Kreistag

Am 19.10.2022 wurde Piet Jonas Voß durch die Wahlkreis-Konferenz als Direktkandidat für die Kreistagswahl am 14.05.2023 nominiert.

Liebe Wähler*innen,

am 14. Mai ist Kommunalwahl! Damit haben wir im Herzogtum Lauenburg die Chance zum politischen Wechsel. Kein Stillstand mehr, sondern Fortschritt – in unserer Region!

Mein Name ist Piet Jonas Voß. Ich bin 23 Jahre alt und arbeite als Steuerfachangestellter, studiere Stadtplanung an der TH Lübeck, Handballer, Segler, Antifaschist. In allem Sozialdemokrat und Feminist!

Als Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Groß Grönau, kennen Sie mich bereits; im Kreis bin ich als Mitgliederbeauftragter für die SPD tätig.



Im Kreistag möchte ich mich für mehr Jugendbeteiligung einsetzen. Wir brauchen Jugendbeiräte in den Städten und Gemeinden, die von hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der Ämter und Gemeinden betreut werden.

Auch möchte ich die Stimme des nördlichsten Teil des Kreises sein, um auf die öffentliche Verkehrsinfrastruktur hinzuweisen und diese zu verbessern.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche und friedvolle Adventszeit.

Ihr Piet Jonas Voß

Die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Groß Grönau trauern um
Ihren am 09.08.2022 im Alter von 86 Jahren verstorbenen Ge-
nossen

Horst Braasch.

Horst Braasch war über 64 Jahre Mitglied der SPD und hat deren
Ideale und Ziele bis zu seinem Ableben vertreten.

Wir verlieren mit ihm einen aufrechten Sozialdemokraten und
werden ihn in bleibender Erinnerung behalten.





Für Sie im Einsatz:

Gemeindevertreter*innen und bürgerlichen Aus- schussmitglieder der SPD Groß Grönau

Für Fragen, Anregungen aber auch Kritik stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sprechen Sie uns an.

Termine

Neujahrsempfang:
13.01.2023

Ortsvereinstreffen:
15.02.2023

SPD-Stammtisch:
09.03.2023

SPD Ortsverein Groß Grönau

Impressum Auflage 2000, Herausgeber SPD-Ortsverein Groß Grönau, Verantwortlich Piet Jonas Voß, Lenschower Weg 6, 23627 Groß Grönau, Redaktion Oliver Reisberger, Am Vierth 19a, 23627 Groß Grönau, Email oliver@reisberger.info

Unsere GemeindevertreterInnen:

Ralf Johannesson	Bürgermeister
Kirsten Brock	2. stellv. Bürgermeisterin Ausschuss für Sozialwesen, Kultur und Sport
Tanja Heim	Ausschuss für öffentliche Einrichtungen Planungsausschuss Dorfentwicklung
Birte Johannesson	Ausschuss für öffentliche Einrichtungen und Umwelt- und Energieausschuss
Michael Howaldt	Finanzausschuss Planungsausschuss Dorfentwicklung
Piet Jonas Voß	Ausschuss für Sozialwesen, Kultur und Sport Finanzausschuss
Christian Kniesel	Fraktionsvorsitzender Bau- und Wegeausschuss Schulausschuss
Oliver Reisberger	Umwelt- und Energieausschuss Bau- und Wegeausschuss

Unsere bürgerlichen Mitglieder

Andreas Hamann	Bau- und Wegeausschuss
Stephan Schütze	Ausschuss für Sozialwesen, Kultur und Sport
Anne Howaldt	Umwelt- und Energieausschuss
Jens Koop	Ausschuss für öffentliche Einrichtungen (Vorsitz)
Nils Lüdemann	Bau- und Wegeausschuss Planungsausschuss Dorfentwicklung Schulausschuss
Wilfried Schmidt	Umwelt- und Energieausschuss
Jan Homeyer	Ausschuss für Sozialwesen, Kultur und Sport
Ralf Striepling	Bau- und Wegeausschuss
Georg Uhrig	Finanzausschuss
Mareen Maaß	Finanzausschuss
Tim Ouwerkerk	Umwelt- und Energieausschuss (Vorsitz) Ausschuss für öffentliche Einrichtungen Finanzausschuss Planungsausschuss Dorfentwicklung